

Exkurs in die Vergangenheit

Hans-Dieter Behrendt
Diplomjurist

50 Jahre danach

17. Juni

1953 - 2003

Der Countdown läuft, Konträre Gesichtspunkte zu diesem Thema werden in den nächsten Monaten der Öffentlichkeit eine widerspruchsvolle Betrachtung präsentieren. Ein Pro und Kontra wird die Gemüter bewegen. Anklage und Verteidigung werden sich in vielen Veranstaltungen, Publikationen und Medien wiederfinden. Dichtung und Wahrheit werden verschwommene Erlebnisse und Ereignisse wachrufen. Wenn, wie in diesem Fall, 50 Jahre nach diesem Ereignis, vieles im Gedächtnis zurückgerufen wird, kommt es immer auf den Standpunkt des Betrachters an. Hiermit sei zu einem fairen, sachlichen Meinungsstreit zu diesem Thema aufgerufen. Dieser Beitrag ist sicher in vielen noch unvollständig, da die damalige Position zu diesem Ereignis, von neueren Erkenntnissen und Erfahrungen ergänzt werden muss und viele Hintergründe der Lage und Entwicklung in der DDR, sich der Öffentlichkeit aus einem anderem Gesichtswinkel präsentieren.

Einige Thesen, Gedanken, Erkenntnisse und Erfahrungen sollen hier, im wesentlichen unkommentiert, den Blick für dieses Thema öffnen und einen Meinungsstreit entfachen mit dem Ziel, der Wahrheitsfindung wieder ein Stück näher zu kommen.

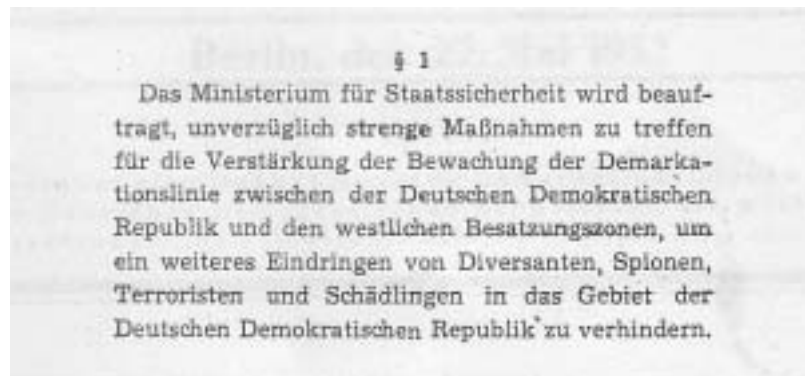
Schwerpunkte dieser Ausarbeitungen:

1. Innere Lage in der DDR
2. Aktivitäten und Einflüsse aus dem Westen

1. Wie gestaltete sich die innere Lage in der DDR, in den Jahren 1952 bis 1953?

Die Situation in der DDR führte zu einer besseren Kontrolle und Überwachung der Personenbewegung, indem am 6. September 1951 eine Meldeordnung der DDR¹ erging, wonach jede Person meldepflichtig war, die sich in der DDR aufhielt. Auf die Erläuterung von Einzelheiten dieses engmaschigen Netzes wird hier verzichtet. Die Note der UdSSR vom 10. März 1952 mit dem Vorschlag zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands verwirrte die Menschen in der DDR, führte zu einer verstärkten Übersiedlung in den Westen. Der Beitritt der Bundesrepublik in die Europäische Verteidigungsgemeinschaft führte letztlich zur Abriegelung der Grenze zur BRD durch die DDR.

Als Vorstufe dazu, übernahm das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) am 16. Mai 1952 die Grenztruppen in ihren Bestand, die ja bisher dem Ministerium des Innern (MdI) unterstanden. Dies entsprach den Praktiken und Erfahrungen bei der Sicherung der Land- und Seegrenzen der RSFSR² aus dem Jahr 1921, die von der GPU³ durchgeführt wurde. Jetzt konnte die Inkraftsetzung der Verordnung über Maßnahmen an der Demarkationslinie zwischen der DDR und den westlichen Besatzungszonen⁴ sicher in Ruhe erfolgen. So gab es nicht von ungefähr, nach russischem Vorbild im § 1 der Verordnung zu folgender Festlegung:



Mit der Übernahme von Praktiken der Grenzsicherung der UdSSR kam es zur Errichtung eines gestaffelten Grenzgebietes, wozu ein zehn Meter breiter Kontrollstreifen, eine 500 Meter Sperrzone und ein fünf Kilometer tiefes Grenzgebiet gehörten. Als Begründung für diese Verordnung wurde die Einführung eines strengen Grenz- und Zolldienst durch die Bonner Regierung und den westlichen Besatzungsmächten an der Demarkationslinie, die zunehmende Abgrenzung von der DDR und die Vertiefung der Spaltung Deutschlands angeführt. Sicher entsprachen die damaligen Bedingungen zum Betreten des Grenzgebietes DDR/BRD nicht den Erfordernissen und ermöglichten weitgehend das ungehinderte Betreten des DDR-Territorium und die ungehinderte Rückkehr nach Westdeutschland. Damit erlebten wir erneut eine einseitige Auslegung der Situation, obwohl sich die Fluchtbewegung aus der DDR in den bekannten Dimensionen vollzogen hatte. Natürlich waren die Aktivitäten „feindlicher Agenten“, wie noch zu erläutern ist, nicht aus der Luft gegriffen. Sie mussten aber für die Begründung dieser Verordnung herhalten. Mit der Schließung dieser Lücken an der Grünen Grenze gab es dann auf westlicher Seite durch den Zollgrenzdienst nur noch einen Streifenfendienst.

¹ GBL, DDR I Nr. 110 vom 14. September 1951.

² RSFSR – Russische Sozialistische Föderative Sowjet Republik.

³ Beschluss der Allrussische Zentrale, Exekutivkomitee vom 6. Februar 1922 über die Abschaffung der Tscheka und die Schaffung der staatlichen Politischen Verwaltung (GPU) beim Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten der UdSSR.

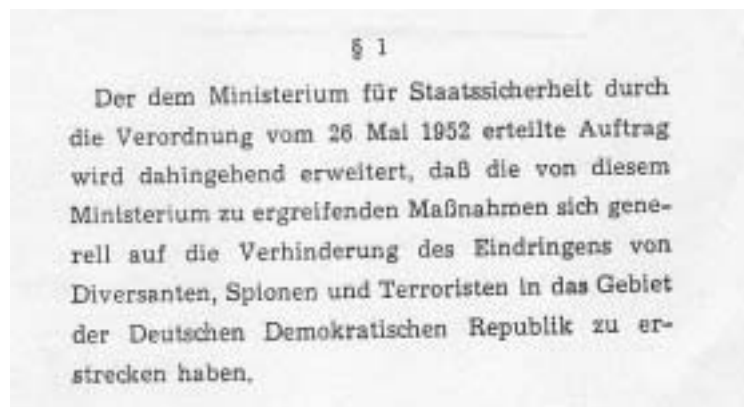
⁴ GBL, DDR I Nr. 65 vom 27. Mai 1952, Seite 405 ff.

Eine weitere Festlegung des Chef der Deutschen Volks - Polizei (DVP), mit dem Befehl Nr. 41/52 vom 29.Mai 1952⁵, engte nun auch die Reisetätigkeit für Westberliner Bürger wie folgt ein:

„Ab 1. Juni 1952 ist für Personen, die in Berlin wohnhaft sind und nicht im Besitz eines Deutschen Personalausweises sind, Einreisen und Aufenthalt in der deutschen Demokratischen Republik nur gestattet, wenn sie im Besitz eines besonderen Passierscheines sind“.

Begründungen gab es dafür erneut mit der Führung des Kampfes gegen Spione, Provokateure, Diversanten und anderen feindlichen Elementen. Damit war eine Kontrolle dieses Personenkreises in einem bestimmten Maße garantiert. Im Januar 1953 wurde der Straßenbahn – und Autobusverkehr zwischen beiden Stadthälften unterbunden. Nur die S- und U-Bahn verkehrte weiterhin durchgehend. Zum gleichem Zeitpunkt erfolgte die Unterbrechung der Telefonverbindungen zwischen West- und Ostberlin.

Damit nicht genug, wenige Tage später, am 9. Juni 1952, kam es zur Inkraftsetzung einer weiteren Verordnung mit ergänzenden Maßnahmen zum Schutz der DDR. Es fällt sicher schwer, die Unterschiede der nachstehenden Fassung zu der davor genannten zu verstehen:

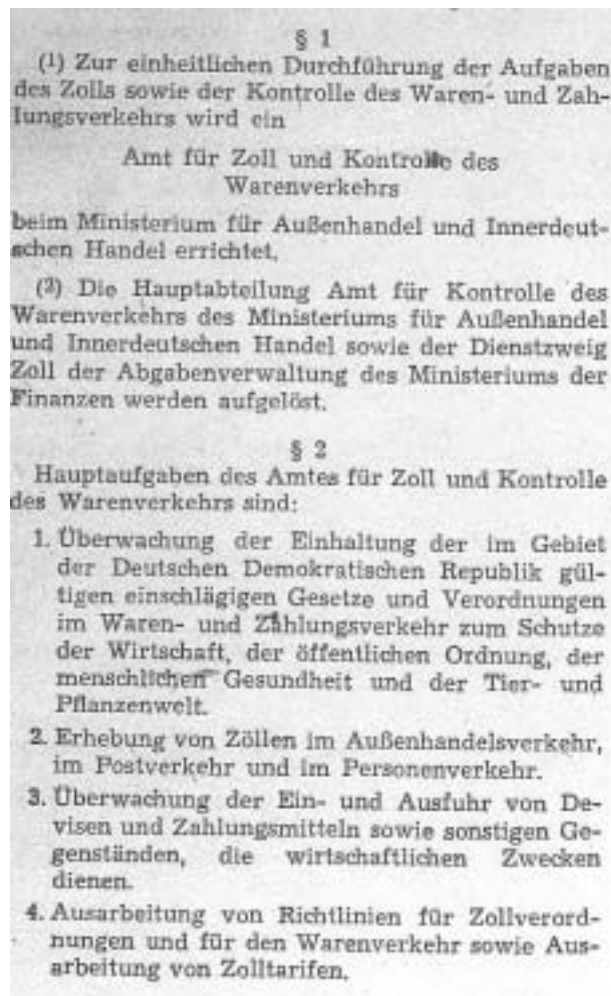


Bedeutsam erscheint jedoch die Festlegung in beiden Verordnungen, dass alle Maßnahmen bei einer Verständigung über die Durchführung freier, gesamtdeutscher Wahlen, sofort wieder aufgehoben werden sollten. Es war wohl nicht mehr als eine Agitation. Hatten sich die Standpunkte dazu und wegen dem Generalvertrag sowie dem Abkommen über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) weiter verhärtet. Beratungen zwischen Stalin und führenden Politikern der DDR lösten deshalb eine Reihe von Aktivitäten bezüglich der innenpolitischen Entwicklung in der DDR und an der Demarkationslinie zur BRD aus. Es war gewiss kein Ruhmesblatt in der Geschichte, wenn es nun zu Zwangsaussiedlungen aus dem Grenzgebiet kam und sich dies beiderseits der Grenze auf die wirtschaftliche Entwicklung auswirkte, ja eine zunehmende Entvölkerung eintrat. Fakt ist, dass natürlich gewachsene und unterhaltende Verbindungen abgebrochen und dieser Zustand für lange Zeit bestehen blieb. Dadurch engte sich die Möglichkeit eines bis dahin existierenden kleinen Grenzverkehrs weiter ein. Der Schwerpunkt von Zusammentreffen, zwischen Verwandten und Bekannten, sowie Fahrten in den Westen verlagerte, sich nun auf die noch relativ günstigen Möglichkeiten über die Übergänge des Ring um Berlin. Waren doch bis zum August 1961, abgesehen von Einschränkungen durch verstärkte Kontrollen, ungehinderte Besuche und Übersiedlungen möglich.

Die Störungsversuche gegen den Handelsverkehr der DDR, beinhalteten die Organisation des illegalen Warenverkehrs durch die verschiedensten Instanzen und den Schmuggel mit Devisen und Zahlungsmitteln. Die Koordinierung aller Kontrollen des Zoll- und Waren-

⁵ Bundesarchiv/Militärisches Zwischen Archiv Potsdam (BA/MZAP), Pt 7944.

verkehr der DDR, erfolgte mit der Verordnung über die Errichtung eines Amtes für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs vom 28. August 1952⁶ mit den Aufgaben:



Mit der Begründung zur besseren Erfassung der Bevölkerung der DDR, kam es am 6. November 1952⁷, unberührt von den Bestimmungen der Meldeordnung, zur Einführung von Hausbüchern in Gemeinden über 5000 Einwohnern. Darin waren alle im Haus wohnenden Personen sowie solche Personen, die sich über drei Tage im Hause aufhielten, erfasst. Ein weiterer Schritt zur Überwachung der Bevölkerung, besonders der empfangenen Besuche, war damit getan.

Die DDR - Wirtschaft befand sich besonders nach 1952/1953 in einem desolaten Zustand. Immer mehr Menschen verließen die DDR, da sie kein Vertrauen in die wirtschaftliche Entwicklung und der Politik der Parteispitze hatten. Hierbei bildeten die Beschlüsse der zweiten Parteikonferenz der SED vom Juli 1952 mit der Verkündung des Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus, wohl den eigentlichen Hintergrund. Eingeleitete Maßnahmen dazu erwiesen sich wohl als ungeeignet und riefen den Unwillen und Zorn der Massen hervor. Die Forderung für die Landwirtschaft, Vorbereitungen für die „freiwillige“ Gründung von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu schaffen, löste großen Unmut aus.

In der politischen Massenarbeit der SED, in den Medien, der Agitation und Propaganda dominierten bestimmte Schlagwörter, die den Kern der Sache aber nicht trafen. Es war so die Rede von der Notwendigkeit der Verbesserung der Massenarbeit, das Aufzeigen der Perspektive, den Niedergang Westdeutschlands, die Entlarvung der Spalter und Kriegstreiber

⁶ GBL, DDR I, Nr. 121 vom 4. September 1952.

⁷ GBL, DDR I Nr. 161 vom 6. November 1952.

und anderes mehr. Sicher gingen von Westberlin viele Aktivitäten, mit allen möglichen Mitteln und Methoden aus, um zielgerichtet Bürger der DDR abzuwerben.

Nun kam es zur Entwicklung der Ereignisse um den 17. Juni 1953, die ihre Spuren in beiden deutschen Staaten hinterließen. Einzelheiten und Vorkommnisse sollen hier aber nicht ausführlich geschildert werden. Solche Fragen, wie: „War es eine faschistische Provokation“ „Stand ein Tag X in der DDR bevor?“ müssen möglicherweise verneint werden. Ohne diese Ereignisse, ohne diesen sogenannten „Arbeiteraufstand“, wäre ein anderer Weg in der DDR möglich gewesen. Neben all dem gesagten, waren es tiefgreifende Fehler der DDR – Spitze. Innenpolitische Machtkämpfe in der Sowjetunion, besonders nach dem Tod von Stalin, am 5. März 1953, führten zur Hinrichtung des Geheimdienstchefs Berija, der Demontage seines Amtskollegen in der DDR Minister Zaisser und der Umwandlung des MfS in eine Staatssekretariat, unterstellt dem MdI. Ulbrichts radikaler Kurs konnte weder durch den sowjetischen Hohen Kommissar Semjonow noch durch Zaisser gestoppt werden, letzterer hatte nach außen die Fehlentwicklung im Land zu verantworten, nicht die Führung um Ulbricht. Es kam zu keinem beabsichtigten „Sturz“ von Ulbricht, angedachte Lösungsmöglichkeiten für eine Wiedervereinigung blieben im Sand stecken. Die Sowjets hielten nun gezwungener Maßen an Ulbricht fest, eine Ablösung hätte man als einen Sieg betrachtet. Eine angestrebte und notwendige Kollektivität der Leitung blieb damit aus.

Inzwischen hatten die Alliierten im November 1953 den Interzonenpasszwang aufgehoben. Seitens der BRD es gab keine Beschränkungen mehr für eine Grenzpassage. Der Hohe Kommissar der UdSSR übergab die Zuständigkeit für Interzonenreiseangelegenheiten an die Regierung der DDR. Dazu wurde mit einer Verordnung vom 29. Oktober 1953⁸ die Ausgabe von Personalausweisen, wegen der zeitlichen Ungültigkeit der bis dahin verwandten Ausweise, verfügt. Die Bewohner der DDR sollten sich als Bürger eines besonderen Staates fühlen. War es aber nicht ein Ausdruck der weiteren Spaltung Deutschlands oder ein Schritt zur Normalisierung der Lage auf dem Weg zur Anerkennung der DDR? Dies hatte auch Auswirkungen auf den Reiseverkehr in die BRD. Im § 2 der genannten Verordnung war festgelegt:

„Personen, die das Gebiet der deutschen Demokratischen Republik vorübergehend oder für ständig verlassen, haben ihren Personalausweis der Deutschen Demokratischen Republik vor der Ausreise bei der zuständigen Dienststelle der Volkspolizei abzugeben und erhalten hierfür einen entsprechenden Ausweis“.

Nun konnte in einer Anordnung über die Regelung des Interzonenreiseverkehrs vom 21. November 1953⁹ festgelegt werden, dass DDR Bürger jetzt bei der Polizei eine Ausreisegenehmigung (Personalbescheinigung) beantragen mussten. Nur diese berechtigten zum Passieren der Kontrollpassierpunkte an der Demarkationslinie. Bei der Rückkehr aus der BRD erhielten sie ihren abgegebenen Personalausweis wieder zurück. Für Einreisen von Bürgern aus der BRD genügte der amtliche Personalausweis und eine beim Rat des Kreises beantragte Aufenthaltsgenehmigung. Damit bestand gleichzeitig die Möglichkeit festzustellen, welche Bürger nicht aus der BRD zurückgekehrt waren.

⁸ GBL, DDR I, Nr. 117 vom 7. November 1953.

⁹ GBL, DDR I, Nr. 123, Seite 1157.

| | |
|---|---|
| <p style="text-align: center;">Vermerk:</p> <p style="text-align: center;">(Eigentliche Unterschrift)</p> <p>Gültig vom _____</p> <p style="text-align: center;">bis _____</p> | <p style="text-align: center;">Deutsche Demokratische Republik</p> <p style="text-align: center;">Personalbescheinigung</p> <p style="text-align: center;">M N^o 022073</p> <hr/> <p>Name: _____</p> <p>Vorname: _____</p> <p>Geboren am: _____</p> <p>Geboren in: _____</p> <p>Wohnort: _____</p> <p>Straße: _____</p> <p>Familienstand: _____</p> <p>Ausstellungsort: _____</p> <p>Ausstellungsdatum: _____</p> <p style="text-align: center;">D. S. _____</p> <p style="text-align: right;">(Unterschrift)</p> |
|---|---|

Muster dieser Personalbescheinigung

Da offensichtlich keine der beiden Seiten, in Ost und West, zu politischen Lösungen bereit war, unterschiedliche Sicherheitskonzepte und Neuordnungsvorstellungen der beiden Großmächte vorherrschten, kam es letztlich zu einer weiteren Eskalation der Konflikte. Diese internationale politische Konstellation wird meistens außer acht gelassen oder auch bewusste vergessen. Keiner wird, selbst heute nicht, eingestehen wollen, was hierbei Ursache und Wirkung war. Aber der Kampf gegen Spione, Provokateure, Diversanten und anderen feindlichen Elementen aus Berlin West, die in das Gebiet der DDR geschickt wurden, ging weiter. Sicher konnte die DDR, angesichts der sich ständig verschärfenden Situation, nicht ohnmächtig zu sehen.

2. Welche Aktivitäten wurden gegen die DDR entfaltet, um die ohnehin schon brisante Lage noch weiter anzuheizen, bzw. zu initiieren?

Deutschland entwickelte sich nach 1945 zum Hauptfeld der NATO und des Warschauer Vertrages. Spionagedienststellen, sowie zahlreiche Untergrundorganisationen führten unter Missbrauch der offenen Grenze zwischen Westberlin und der DDR ihre Tätigkeit durch. Westberlin und die Transitstrecken spielten hierbei eine besondere Rolle, waren doch zeitweilig über 80 Zentralen der Geheimdienste und Organe des subversiven Kampfes in Westberlin tätig. Treffend wird dies in einem Briefwechsel zwischen dem Vorsitzenden der damaligen sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland, Marschall Tschuikow, und dem damaligen amerikanischen Hohen Kommissar in Deutschland, Donnelly, vom Oktober 1952, dokumentiert. Tschuikow schrieb damals:

„Uns ist bekannt geworden, dass auf dem Territorium des amerikanischen und des britischen sowie französischen Sektors von Berlin zahlreiche Spionage- und Diversionszentralen bestehen, die verbrecherische Unterminierungsarbeit gegen die Deutsche Demokratische Republik und dem Ostsektor von Berlin durchführen. [...] Es stellte sich heraus, dass diese Banden die Aufträge, Instruktionen und Mittel zur Durchführung der Diversionsakte sowie zur Entlohnung für ihre Verbrechen von Westberliner Spionage- und Diversionszentralen erhielten, die sich durch heuchlerische Bezeichnungen, wie Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit, Untersuchungsausschuss freier Juristen, Vereinigung politischer Ostflüchtlinge, Ostbüro der CDU, Redaktion des Telegraph und so weiter tarnen.“¹⁰

In dem Antwortschreiben von Donnelly hieß es lakonisch:

„dass diese Organisationen freiwillig von Deutschen geschaffen worden sind, denen die Interessen des deutschen Volkes am Herzen liegen und in den demokratischen Ländern als normales Element des täglichen Lebens betrachtet werden“.¹¹

Dies ist wahrlich keine Erfindung des „Ostens“, da namhafte Historiker und Journalisten des „Westens“ in ihren Büchern dies treffend als Zeitzeugen und unter Berufung auf authentische Quellen den Lesern offerierten. So ist auch in einem Buch von Peter Wyden¹² ein Zitat des Schriftstellers John le Carre´ veröffentlicht mit dem Wortlaut:

„Wir hatten Wähler und Schmuggler, Lauscher und Fälscher, Ausbilder und Anwerber, Talentsuche und Kuriere, Observanten und Verführer, Mörder und Ballonflieger, Lippenleser und Verkleidungskünstler. Das was immer die Briten hatten, die Amerikaner hatten noch mehr, und was die Amerikaner hatten, die Ostdeutschen hatten das Fünffache davon und die Russen das Zehnfache.“

Die Stadt Berlin wird von Wyden als ein einmaliges Spionagezentrum bezeichnet, wobei er sich auf eine Einschätzung von Kennedys Militärberater General Taylor beruft, der berichtet hatte:

¹⁰ Unmenschlichkeit als System, Dokumentarbericht über die KGU, Berlin 1957, S. 261 ff.(sogenannte „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“).

¹¹ Ebenda.

¹² Peter Wyden, „Die Mauer war unser Schicksal“, Rowolt Berlin 1955.

„Es gab dort mehr Agenten pro Quadratmeter als sonst wo auf der Welt“.

Prozesse in der DDR gegen Terror – und Diversionsbanden sind überliefert. Der Hauptzweck der vom Westen aus agierenden Organisationen bestand in der Untergrabung der Wirtschaft und des Aufbaus in der DDR und der Schädigung der Bevölkerung. Morde, Massenvergiftungen, Brandstiftungen, Sprengungen und Brandstiftungen gehörten dazu. Die Einflüsse westdeutscher Verwandter, Aktivitäten westdeutscher Firmen zur Abwerbung von Arbeitskräften sind keine Hirngespinnste, können deshalb nicht einfach abgetan werden. Aber all die Akteure und Politiker von damals, wollen ungern an all das erinnert werden. Sie fühlen und betrachten dich als „Opfer“ der DDR – Sicherheitsorgane, so sie verhaftet und abgeurteilt wurden.

Sicher gingen auch Spionage - Aktivitäten seitens des Ostblocks, der Teilnehmer des Warschauer Vertrages und besonders der DDR selbst aus. Darüber wurde bereits einschlägig in den Medien und der Literatur berichtet, so dass hier nur dieser Gedanke erwähnt wird. All das hinterließ seine Spuren an der Demarkationslinie / Grenze zwischen Westberlin und Ostberlin, sowie der DDR. In der wechselvollen Geschichte der Tätigkeit der Zoll und Polizeikräfte einschließlich der Besatzungsmächte auf beiden Seiten, entwickelten sich Praktiken, die nicht immer der Normalität entsprachen.

Die Ereignisse des 17. Juni 1953 führten schließlich durch die DDR zur Schließung von Grenzübergängen. Aus einem Aktenvermerk über eine Rücksprache des Kdo. der DGP mit der Zentralkommandantur Berlin, General Dibrowa, vom 22. Juni 1953¹³ geht folgende ergänzende Aufgabenstellung hervor:

„Folgende KPP sind von 04 - 22 Uhr geöffnet
1. Staaken Heerstraße
2. Brücke der Einheit
Der KPP Staaken Bahnhof bleibt vorerst geschlossen“.

An der Glienicker Brücke kam es zum Andrang von Besucherströmen von DDR – Bürger nach Berlin, wozu dort Sonderbusse eingesetzt werden mussten. Aus der Vielzahl der umfangreichen Maßnahmen für die Staats – Parteiorgane – und Sicherheitsorgane, sollen die der Grenztruppen gesondert erwähnt werden.

Generalmajor Gartmann als Chef der Hauptverwaltung Deutsche Grenzpolizei erteilte in einem Fernschreiben vom 17. Juni 1953¹⁴ folgende Weisungen:

„1. Ab sofort lt. Instruktion erhöhte Einsatzbereitschaft und verstärkte Dienstdurchführung zur Sicherung der Grenze.
2. Offizierbestand zur Dienststelle
3. Urlaubssperre“

Einer Spitzenmeldung vom 17. Juni 1953 des KPP Marienborn¹⁵ war zu entnehmen, dass es an der fünf Kilometer Sperrzone zu einer Provokation durch Personen aus Magdeburger Betrieben kam. Es erschienen ca. 100 Personen mit zwei LKW an der Autobahnabfahrt Belsdorf und wollten die Schlagbäume beseitigen. Der Stabschef des KPP Marienborn befand sich vor Ort und bewegte sie zur Rückkehr.

Es entwickelte sich eine Praxis heraus, wonach die BRD und Berlin West jedes Jahr erneut eine Vielzahl politischer Aktivitäten entwickelte und die Medien lautstark diesen Tag

¹³ Ebenda.

¹⁴ BA/MZAP, Pt 7944.

¹⁵ Ebenda.

zum Anlass einer umfangreichen Hetze gegen die DDR nutzten und besondere Höhepunkte wie der 50 Jahrestag der Wiederkehr dieses Tages gerade dazu animieren.

Es sei aber auch darauf verwiesen, dass der 17. Juni 1953 die Gedanken der Politiker, Sicherheitsorgane und Militärs der DDR in den darauffolgenden Jahren aus vielerlei Gründen immer wieder bewegten. Es kam unter anderem regelmäßig zu einer verstärkten Grenzsicherung, der Erhöhung der Postendichte und Beobachtungstätigkeit, einer ständigen Einsatzbereitschaft der Sicherheitsorgane, der Meldung aller Bewegung der Interzonenreisenden zwischen Westdeutschland und Westberlin, sowie einer verstärkten Kontrolle der Einreisen in die DDR. Es galt dabei, vorbeugende Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit einzuleiten, weil mit einer Regelmäßigkeit Aktionen des „Gegners“ geplant und durchgeführt wurden.